

Manfred Funke

Fremde Freunde? – Amerikaner, Deutsche und die einfachen Lösungen

„Deutschland genießt auf Grund seines Wiederaufstiegs und seiner Tüchtigkeit ein hohes Maß an Ansehen und Sympathie, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, dass auch ein gewisses Misstrauen vor unseren unberechenbaren Entschlüssen immer noch mitschwingt. Jede überraschende Bewegung, jedes Argument, das man nicht sofort versteht, erweckt dieses Misstrauen aufs Neue, da der Amerikaner nun einmal auf ‚einfache‘ Lösungen eingeschworen ist.“ So berichtete ein hoher deutscher Diplomat 1953 über das amerikanische Deutschlandbild nach einer Rundreise durch die USA an die Bonner Zentrale.

In derselben Spur der Einfachheit finden wir fünfzig Jahre später US-Präsident Bush. Versehen mit der Ration jener Sicherheitsmaxime, die Präsidentenberater Anthony

Lake 1993 formulierte: „Wenn wir handeln, wollen wir das gemeinsam mit anderen dann tun, wenn wir können. Dies aber auch allein, wenn wir müssen.“ Dabei, so präzisierte jüngst Wolfowitz, komme es nicht auf die Koalition, sondern auf die Mission an. Solche Logik des globalen *Enlargements* von Demokratie und Marktwirtschaft unter Einmischung militärischer Mittel erlaubt den Partnern ein Ja oder Nein, aber keine gemeinsame Entscheidungsfindung auf gleicher Augenhöhe mit der US-Regierung. Offenbar bleibt Washingtons Konsultationszweck in Westeuropa die Bestimmung der Größe des erwarteten Beitrags zu amerikanischen Vorhaben.

Selbst Frankreichs jahrzehntelange Bockigkeit wegen der US-Dominanz in der NATO erbrachte keine Verfeinerung amerikanischer Bündnispsychologie. Als Kennedy Entspannung und antagonistische Kooperation mit Moskau betrieb, war Adenauers Furcht vor ei-

ner Aufweichung der Sicherheitsstabilität in Mitteleuropa dem jungen Präsidenten einfach lästig. Gleichwohl blieb Bonn von der Hinnahe der Berliner Mauer bis zum NATO-Doppelbeschluss im Kielwasser Washingtons. Eine Entspannung in Europa verhiess Entkrampfung der deutsch-deutschen Verhältnisse.

Als die Einheit von BRD und DDR zur konkreten Chance wurde, unterstützte das Weiße Haus den Prozess der Einheit vehement. Dabei verwob sich deutsche Dankbarkeit mit handfesten US-Interessen. Denn Bedingung amerikanischer Unterstützung war Deutschlands Verbleib in der NATO. Dass deren Strukturen nicht auf einstiges DDR-Gebiet ausgeweitet werden sollten, erfolgte aus Rücksicht auf Moskau, blieb aber kosmetischer Natur. Denn mit der Dislozierung der Bundeswehr als Bündnisarmee auf Ostdeutschland war via NATO auch das Pentagon präsent.

Am 15. September 1990 drängte Außenminister Baker Kanzler Kohl, ähnlich den Japanern wenigstens Sanitätspersonal an den Golf zu schicken. Dass Bonn viel zahle, werde zwar anerkannt, doch sei deutsches Geld für die Bürger Amerikas kein angemessener Beitrag. Kohl antwortete, dass Deutschland mehr tue als alle anderen, aber die Prügel bekomme. „Es wäre einfach und billiger für uns, eine Fallschirmjäger-Brigade zu entsenden. Dies geht aber aus Verfassungsgründen nicht.“ Gewiss für Washington schwerlich versterbar.

Dass auf der Basis eines NATO-intendierten „humanitären Völkerrechts“ Deutschland erstmals seit 1945 an Kampfeinsätzen im 78-Tage-Krieg gegen Belgrad teilnahm, erschien in Washington weniger als proamerikanische Unterstützung denn als Maßnahme zur Abwehr des ju-

goslawischen Flüchtlingsstroms Richtung Mitteleuropa.

Deutsche Hartnäckigkeit jetzt, statt den Krieg im Irak zu unterstützen, *peace backed by diplomacy* zu verfolgen, provozierte böse Worte in den USA. Doch kann ein Deutschland undankbar sein, das Churchill „fett und impotent“ gestaltet sehen wollte? Ein Deutschland, dessen Politik Außenminister Fischer von Auschwitz her verstanden wissen will?

Illusionsverlust

Vom Golfkrieg über den Kosovo-Konflikt bis zur Irak-Krise zeigt sich das deutsche Recht auf Illusionen entzaubert. Misstrauische Nachbarn kontrollierten uns vor 1914, heute disziplinieren uns achtsame Freunde. Und Berlin ist stolz, stets den Bonner Petersberg als Konferenzort wohlfeil für alle Interessenten anbieten zu können. Sonst

schlurft man bei allem gewichtig mit. Schröders Haltung könnte jedoch innen wie außen zu einer neuen Nachdenklichkeit anstiften. Auch in Amerika. Denn Schröder steht nicht allein. Eher Arm in Arm mit den Partnern auf verlorenem Posten.

„Das Maß der Unabhängigkeit gibt einem Staate die Stellung in der Welt, es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zweck einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz.“ Im Maßstab Rankes zeigt sich deshalb unsere Außenpolitik als zwischenstaatliche Gestaltung innerstaatlicher Machtverhältnisse heute unter weißer Flagge.

Strucks Spruch von Deutschlands Verteidigung am Hindukusch wirkt realitätsfremd angesichts der Auflösungerscheinungen in der Berliner Republik.

SPD in der Krise

„Die Wähler meiden die SPD nicht deswegen, weil ihnen Opfer zugemutet werden, das ist für die meisten nicht das eigentliche Problem. Aber sie wollen wissen, wofür sie Opfer bringen sollen - und Gewissheit haben, dass es dabei irgendwie gerecht zugeht. Diese Gewissheit ist verschwunden. Das Gros der Bevölkerung hat netto immer weniger in der Tasche, ohne dass es einen Schimmer von Hoffnung auf Besserung gibt. Deshalb verliert die SPD eine Wahl nach der anderen – erst in Hessen und Niedersachsen, jetzt in Schleswig-Holstein. Deshalb bleiben Stammwähler der SPD zu Hause. Sie finden keinen Halt mehr in dieser Partei. Der Negativsog ist so stark geworden, dass er auch Kommunalwahlen erfasst.“

Heribert Prantl am 4. März 2003 in der *Süddeutschen Zeitung*

Am 2. Mai 1957 fand in Bonn die erste NATO-Konferenz auf deutschem Boden statt.

© Bundesbildstelle Berlin

